

KLIMA- GERECHTIGKEIT JETZT!



DEUTSCHER
FRAUENRAT



ANSÄTZE FÜR EINE
FEMINISTISCHE KLIMAPOLITIK.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Deutscher Frauenrat e.V.
Axel-Springer-Str. 54a
10117 Berlin

VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT

Dr. Beate von Miquel

REDAKTION

Sheyda Weinrich

LEKTORAT

Sibille Heine

GESTALTUNG

zweiband.media

ILLUSTRATIONEN

123 Berlin Design

DRUCK

Druckhaus Sportflieger

ERSCHEINUNGSDATUM

November 2023

INHALT

5 EINFÜHRUNG

6 HANDLUNGSFELD 1: Klimagerechte und soziale Mobilitätswende

10 HANDLUNGSFELD 2: Ökologischer Strukturwandel von
Arbeitsmarkt und Wirtschaft

14 HANDLUNGSFELD 3: Geschlechteraspekte beim klimagerechten
Bauen und Wohnen

18 HANDLUNGSFELD 4: Repräsentanz und Teilhabe von Frauen
in der Energiewende

22 AUSBLICK

23 DANK

25 ENDNOTEN



Klima- gerechtigkeit jetzt!



Ansätze für eine
feministische Klimapolitik

EINFÜHRUNG

Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu Klimaneutralität wird Leben, Arbeiten, Wohnen und Mobilität grundlegend verändern. Für viele klimapolitische Handlungsfelder liegen Daten vor, die belegen, dass die Klimakrise Geschlechterungleichheiten verstärkt.¹ Diese Ungleichheiten zeigen sich in verschiedenen Ausprägungen, je nach Region, rechtlicher oder gesellschaftlicher Stellung von Frauen. Ursachen sind stereotype Geschlechterrollen, strukturelle Diskriminierungen von Frauen und die damit einhergehende soziale und ökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag grundsätzlich ambitionierte Vereinbarungen getroffen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu erreichen. Bis 2045 sollen Wirtschaft und Gesellschaft treibhausgasneutral werden. Mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit werden Umwelt- und Klimapolitik bislang selten verbunden. Dabei legte das Pariser Klimaabkommen die Beseitigung von Geschlechterungleichheiten in der Klimapolitik als grundlegendes Prinzip zur Bewältigung des Klimawandels fest und schreibt vor, dass beim Vorgehen gegen Klimaveränderungen die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau zu achten, zu fördern und zu berücksichtigen ist.²

Aus Sicht des Deutschen Frauenrats (DF) kann eine wirksame Klimapolitik nur gelingen, wenn sie feministisch ist. Dazu muss sie national und international geschlechtergerecht und geschlechtertransformativ wirken, bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern von Anfang an mitdenken, Frauen Teilhabe und soziale Sicherung garantieren, die Auswirkungen klimapolitischer Maßnahmen geschlechterkritisch in den Blick nehmen und darauf reagieren. Von der zivilgesellschaftlichen frauenpolitischen Engagement-Gruppe der G7, Women7, wurden diese Forderungen bereits 2022 an die G7 Staaten gestellt.³ Jetzt muss das Bewusstsein für das Thema und seine Auswirkungen für Frauen weiter geschärft werden.

Der DF hat 2021 einen Fachausschuss unter dem Arbeitstitel „Klimaschutz geht alle an! Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit aus Frauenperspektive.“ eingesetzt, um sich mit der feministischen Dimension von Klimapolitik in Deutschland zu befassen. Dazu wurden vier klimapolitische Handlungsfelder des Koalitionsvertrages ausgewählt und exemplarisch gleichstellungspolitisch betrachtet. Damit sollen die Auswirkungen von klimapolitischen Maßnahmen auf die Lebensrealität von Frauen aufgezeigt und politische Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Die gewonnenen Erkenntnisse müssen Eingang in die klimapolitischen Strategien der Bundesregierung finden.

HANDLUNGSFELD 1:

KLIMAGERECHTE UND SOZIALE MOBILITÄTSWENDE



Der Verkehrssektor ist in Deutschland ein wesentlicher Treiber der CO₂-Emissionen. 80 Prozent der CO₂-Emissionen dieses Sektors entstehen im Straßenverkehr.⁴ Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor drastisch gemindert werden. Dazu hat sich die Bundesregierung vorgenommen, die 2020er Jahre für „einen Aufbruch in der Mobilitätspolitik zu nutzen.“⁵

Geschlechterrollen prägen Mobilitätsmuster und -bedürfnisse

Mobilität spielt für die gesellschaftliche Teilhabe eine entscheidende Rolle.⁶ Weil Frauen im Durchschnitt täglich 87 Minuten mehr (unbezahlte) Sorgearbeit als Männer verrichten⁷, häufiger in Teilzeit arbeiten und weniger Lohn erhalten, haben sie andere Anforderungen an eine klimagerechte und ihre Bedarfe integrierende Raumordnungs-, Stadtentwicklungs- und Verkehrsplanung sowie Verkehrsinfrastruktur als Männer.

Frauen legen pro Tag mehrere kurze Strecken für Versorgungsfahrten zurück.⁸ Je besser sie Wegezeiten zwischen Wohn-, Erwerbsarbeits- und Betreuungsorten organisieren können, desto besser gelingt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hat positive Effekte auf die eigenständige wirtschaftliche Absicherung von Frauen.

Frauen fahren weniger mit dem Auto, sie bewegen sich eher zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Erhebungen aus zahlreichen Städten und auch bundesweit belegen, dass Frauen in bestimmten Altersgruppen öffentliche Verkehrsmittel deutlich stärker nutzen als Männer.⁹ Generell sind Frauen eher bereit, sich klimagerecht zu verhalten.¹⁰ Einer

schwedischen Studie zufolge gaben Frauen rund 20 Prozent häufiger als Männer Emissionen als Nachteil beim Autofahren an.¹¹ In Deutschland sind 62 Prozent aller Autos auf Männer zugelassen¹² und als (Status-) Symbol einer männlichen Mobilität eng mit einem traditionellen Männlichkeitsbild verknüpft.¹³ Mobilitätsangebote wie Carsharing, Ridepooling oder E-Scooter orientieren sich an männlichen Alltagsroutinen. Für viele Frauen, die mit Kindern unterwegs sind und zu bestimmten Zeiten an verschiedenen Orten sein müssen, sind Sharing-Angebote oft ungeeignet, insbesondere wenn (mehrere) Kindersitze benötigt werden.¹⁴

Männer profitieren von nachhaltigen Alternativen und staatlichen Anreizen

Einen PKW mit Verbrennungsmotor durch ein klimafreundlicheres Elektrofahrzeug zu ersetzen, ist für viele Frauen aufgrund von Gender Pay Gap und Gender Pension Gap kaum finanzierbar: Von der Innovationsprämie, mit der der Bund den Kauf von (vollelektrischen) E-Autos und Plug-in-Hybriden bisher mit bis zu 9.000 Euro der Anschaffungskosten fördert, profitieren geringverdienende Frauen nicht, zumal die Förderungen schrittweise zurückgefahren werden, bzw. nach und nach auslaufen. Elektroautos sind mit Preisen ab

45.000 Euro aufwärts vergleichsweise teuer. So erklärt sich auch, dass der Anteil von Frauen beim Neukauf von E-Autos mit knapp 28 Prozent geringer ist als am Anteil aller zugelassenen PKW mit 36 Prozent.¹⁵ Außerdem sind rund 60 Prozent der neu zugelassenen E-Autos und 70 Prozent der Plug-in-Hybriden Dienstwagen.¹⁶ Das mindert den Zugang von Frauen zu E-Autos zusätzlich, weil sie deutlich seltener Dienstwagen fahren: Von allen Fachkräften, die über einen Dienstwagen verfügen, sind nur 3,2 Prozent Frauen. Unter den Führungskräften sind es rund 27 Prozent.¹⁷ Diskutiert werden sollte darüber hinaus, ob es klimapolitisch überhaupt sinnvoll ist, mit Prämien zum Kauf von weiteren (Elektro-) Autos anzuregen, weil ein Auto durchschnittlich über 20 Stunden am Tag steht¹⁸ und E-Mobilität derzeit noch nicht klimaneutral betrieben werden kann.¹⁹

Eine klimagerechte Verkehrspolitik sollte den motorisierten Individualverkehr verringern, unabhängig von der Antriebstechnik.

Ziel einer klimagerechten Verkehrspolitik sollte die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sein, unabhängig von der Antriebstechnik. Denn neben den Emissionen trägt die Flächenversiegelung für Straßenbau und Parkflächen zum Klimawandel bei.

Da die Nutzung eines privaten PKW im ländlichen Raum oft noch alternativlos scheint, müssen alternative Fortbewegungsmittel und klimafreundliche Mobilitätsketten

stärker gefördert und der Ausbau eines multimodalen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) dringend vorangetrieben werden. Private E-Bikes werden beispielsweise nur wenig gefördert, gewerblich genutzte Lastenräder nur noch bis Februar 2024.²⁰

Sicherheitsrisiken besonders für Frauen

Auch die Sicherheit eines Fahrzeugs orientiert sich an der männlichen Körperrnorm.²¹ Für Frauen ist das Risiko, bei Autounfällen schwer oder mittelschwer verletzt zu werden, 47 Prozent bzw. 71 Prozent höher als bei Männern.²² Zudem vernachlässigt die öffentliche Verkehrsraumplanung Geschlechteraspekte. Frauen fühlen sich oft nicht sicher in öffentlichen Verkehrsmitteln und wünschen sich besonders nachts vermehrte Kontrollen und helle Straßen.²³ Studien zufolge fühlt sich eine von drei Frauen unsicher auf der Straße.²⁴

Eine Verkehrswende greift zu kurz, wenn technische Lösungen im Vordergrund stehen und die Prioritäten nicht konsequent verändert werden. Die Politik muss den Mut aufbringen, sich vom PKW als bevorzugtem Fortbewegungsmittel zu lösen und sie als historisch an männlichen Bedürfnissen orientierte Fortbewegungsform erkennen und überwinden. Dass dies bislang nicht gelingt, wird am Widerstand politischer Entscheidungsträger*innen gegen ein Tempolimit besonders deutlich. Dabei bietet sich hier die Möglichkeit, in höherem Umfang CO₂-Emissionen schnell, für alle Beteiligten kostengünstig und energieeffizient zu reduzieren. Ein Tempolimit befürworten immerhin 45 Prozent der Frauen und 33 Prozent der Männer.²⁵

DER DEUTSCHE FRAUENRAT FORDERT

- eine stärker an den Bedarfen von Frauen orientierte Raumordnungs-, Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Mobilitätsplanung, die zur Verkehrsminderung und weniger Luftverschmutzung führt, den ländlichen Raum stärkt und den städtischen Raum entlastet.
- eine Verkehrspolitik, die Frauen bei ihren Fahrtwegen unterstützt, unkomplizierte Versorgungswege sicherstellt und Wegezeiten reduziert.
- Beteiligung von Frauen in allen Planungs- und Umsetzungsstadien.
- Entpriorisierung des motorisierten Individualverkehrs und Einführung eines Tempolimits.
- Ausbau des ÖPNV und Verkehr „on demand“ verbunden mit einer multimodalen Verkehrsgestaltung.
- Gestaltung einer sozialverträglichen Mobilität.
- Ausbau einer sicheren Rad- und Fußwegeninfrastruktur.
- schrittweise Rückführung umweltschädlicher Subventionen und Abschaffung des Dienstwagenprivilegs.
- Gewährleistung geschlechtergerechter Crashtests und Priorisierung der Sicherheit von Frauen und vulnerablen Gruppen.



HANDLUNGSFELD 2:

ÖKOLOGISCHER STRUKTURWANDEL VON ARBEITSMARKT UND WIRTSCHAFT



Der ökologische Umbau von Wirtschaft und Arbeitswelt ist nicht nur ein technischer Umstellungsprozess, er verändert die Produktionsweisen ganzer Branchen von Grund auf und hat Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen. Eine feministische Perspektive auf diesem Feld fehlt aktuell, ist aber entscheidend für einen geschlechtergerechten Transformationsprozess.

Eine Schlüsselrolle beim ökologischen Umbau hat die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft. Mit dem angestrebten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom wird ein verstärkter Ausbau der erneuerbaren Energien zwingend erforderlich.²⁶ Für den Energiesektor fehlen nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu Beschäftigtenzahlen und Auswirkungen in den betroffenen Regionen auf die Geschlechter.

Auswirkungen auf weibliche Beschäftigte wahrnehmen

Durch Umstellungsprozesse in Produktion und Verwaltung entstehen neue Arbeitsanforderungen, die kaum vom gleichzeitig voranschreitenden Prozess der Digitalisierung zu trennen sind. Erkennbar ist bereits, dass der Digitalisierungsprozess Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt senkt²⁷ und insbesondere in Teilzeit arbeitende Frauen abgehängt werden („Gender Part Time Digital Gap“).²⁸ Diese Beobachtung korreliert mit Erkenntnissen zur betrieblichen Weiterbildung: Frauen erhalten weniger betriebliche Unterstützung in Form von Kostenübernahmen und Freistellungen, ihre Teilnahmequote liegt unter der von Männern und das Stundenvolumen ihrer Weiterbildungen ist geringer.²⁹ Dies zeigt, dass es notwendig ist, im Transformationsprozess die Geschlechterperspektive

in den Blick zu nehmen und die Arbeitszeitdebatte mit dem Ziel einer gleichberechtigten Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit voranzutreiben.

Weiterbildung und Mitbestimmung von Frauen fördern

Nachhaltigkeit, Tarifbindung, Mitbestimmung und Gleichstellung gelten als zentrale Elemente moderner Unternehmensführung. In tarifgebundenen Unternehmen sind die Löhne höher und die Arbeitszeiten geringer, aber auch von der Planbarkeit und Sicherheit der Tarifbindung profitieren Frauen in besonderem Maße.³⁰ Eine Stärkung der Unternehmensmitbestimmung hat positive Effekte auf die Nachhaltigkeit, denn sie spielt in den täglichen Entscheidungen mitbestimmter Unternehmen eine deutlich größere Rolle als in denen mit weniger ausgeprägter Mitbestimmung.³¹

Teilhabe von Frauen sicherstellen

Zukunftsweisende Branchen expandieren vor allem in der Energieproduktion. Bestehende Gesetze zur Förderung der Gleichstellung, wie Entgelttransparenzgesetz oder Führungspositionengesetz, greifen erst ab einer bestimmten Betriebsgröße und senden das falsche Signal, Entgeltgleichheit und verbindliche Vorgaben zum Frauenanteil in Führungspositionen

seien lediglich in größeren Unternehmen relevant. Das birgt die Gefahr einer Unterrepräsentanz von Frauen in den Bereichen „Green Jobs“ und „Green Technology“ auf allen Hierarchieebenen dieser Unternehmen.

Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft ist unerlässlich für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und für ein demokratisches Gemeinwesen.

Frauen sind in MINT-Berufen nach wie vor unterrepräsentiert. Frauen, die ein MINT-Fach studiert haben, ergreifen deutlich seltener als Männer einen entsprechenden Beruf.³² Der Transformationsprozess bietet die Chance, im MINT-Bereich den Fokus auf den Klimaschutz und die Arbeit in einem gesellschaftlich

relevanten und zukunftsweisenden Sektor zu richten, um Frauen für die Berufe zu gewinnen. Neue Ausbildungs- und Beschäftigungsfelder sollten geschlechtsneutral konzipiert und benannt werden. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft ist unerlässlich für den nachhaltigen Erfolg wirtschaftlichen Handelns und auch für das Funktionieren eines demokratischen Gemeinwesens.

Equal Pay gut für nachhaltigen Konsum

Die Überwindung der Entgeltlücke zwischen den Geschlechtern gewinnt im Zuge des Transformationsprozesses ebenfalls an Bedeutung, denn nur eine gerechtere Einkommensverteilung fördert den Konsum (aktuell noch hochpreisiger) klimaneutraler und fair produzierter Produkte. Da Frauen eher bereit sind für solche Produkte mehr zu bezahlen,³³ können ihre Konsumententscheidungen positive Auswirkungen auf den Klimaschutz haben.

DER DEUTSCHE FRAUENRAT FORDERT

- Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit als grundlegende Voraussetzung von Green Economy-Konzepten für einen nachhaltigen sozial-ökologischen Wandel.
- gezielte Qualifizierung von Frauen für die künftigen Anforderungen in einer klimaneutralen Arbeitswelt – mit besonderem Fokus auf Teilzeitarbeitenden mit Sorgeverantwortung.
- Gestaltung der Green Economy zum Vorreiter des Prinzips der „Kleinen Vollzeit“.
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Unternehmen der Green Economy zum Ziel hat.
- Kopplung klimapolitischer Investitionshilfen und Wirtschaftsförderung an Tarifbindung, Mitbestimmung und Gleichstellung, verbunden mit regelmäßiger Evaluierung des Entwicklungsstands.
- Geschlechterspezifische Erhebung und Untersuchung zur Wirkung von veränderten Unternehmenstätigkeiten in einer Region unter Berücksichtigung der nachgelagerten Wirtschaftsbereiche, der regionalen Beschäftigungsstruktur, des betroffenen Gemeinwesens und der Kaufkraft.
- sprachliche Umstellung auf „Green Economy“, „Green Technology“ oder „Climate Jobs“ statt „MINT-Berufe“, um junge Frauen gezielt für diese Ausbildungs- und Studiengänge sowie „Green Jobs“ zu gewinnen.
- Etablierung von Anreizen für Unternehmen, gezielt Frauen in diesen Berufsfeldern einzustellen und zu fördern.



HANDLUNGSFELD 3:

GESCHLECHTERASPEKTE BEIM KLIMAGERECHTEN BAUEN UND WOHNEN



In Deutschland entfallen rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen auf den Bau und die Nutzung von Gebäuden.³⁴ Um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, muss vor allem der Gebäudebestand energetisch saniert und mit Heizungssystemen auf der Basis erneuerbarer Energieträger ausgestattet werden.³⁵ Bedingt durch geringere Einkommen im gesamten Lebensverlauf und anderer Bedürfnisse an die Raumwärme sind Frauen deutlich stärker von hohen Energiekosten betroffen als Männer und haben weniger Möglichkeiten, die Kosten durch Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu senken.

Geringes Einkommen – hohe Kosten

Gerade Menschen in Haushalten mit geringem Einkommen – zu einem hohen Anteil Frauen, Alleinerziehende und Rentnerinnen³⁶ – leben in Gebäuden mit schlechten energetischen Standards und höherer Belastung durch ungesunde Wohnverhältnisse, z.B. durch Luftverschmutzung und Lärmbelastung.³⁷ Sie müssen mit rund 5 Prozent mehr als vier Mal so viel von ihrem Einkommen für Energie aufwenden, als die einkommensstärksten Haushalte mit 1,1 Prozent.³⁸ Frauen haben eine höhere sogenannte „Komforttemperatur“, die nicht nur beim Heizen im Winter, sondern ebenso bei der Kühlung von Räumen im Sommer eine Rolle spielt.³⁹ Für diejenigen, die Sorgearbeit leisten, meist Frauen, ist die Wohnung gleichzeitig der Arbeitsort. Sie halten sich länger in den Wohnungen auf und haben dadurch zusätzlich einen höheren Bedarf an Heizenergie.⁴⁰

Gießkannenprinzip nicht sozial gerecht

Mit der CO₂-Bepreisung fossiler Energieträger für die Bereiche Wärme und Verkehr – und nochmal dramatisch verschärft durch die Steigerung der Energiepreise infolge des russischen

Angriffskrieges gegen die Ukraine – sind die Heizkosten immens gestiegen. Mit unterschiedlichen Mitteln versucht die Bundesregierung, insbesondere seit Beginn des Krieges, die Bürger*innen vor steigenden Energiepreisen zu schützen. Das sogenannte Energiegeld beispielsweise wurde als Sonderzahlung an Steuerzahler*innen, Rentner*innen, Minijobber*innen und Student*innen ausgezahlt, unabhängig von der Höhe ihres Einkommens und der realen Bedürftigkeit. Das heißt, Geringverdienende mit Bezahlung auf Mindestlohniveau erhielten vor Steuern den gleichen Betrag wie überdurchschnittlich bezahlte Manager. Für die einen bedeutet das, dass die durch hohe Energiepreise verursachten Kosten nicht gedeckt werden können und die Sorgen vor Abschaltung der Strom- und Gaszufuhr bleiben. Für Besserverdienende sind die hohen Energiepreise maximal ärgerlich, die Sonderzahlung macht sich beim verfügbaren Einkommen kaum bemerkbar. Denjenigen, die Unterstützung am dringendsten benötigen, wie z.B. geringverdienende Frauen, Alleinerziehende und Rentnerinnen, hilft der Betrag nur sehr begrenzt. Ihre ohnehin geringen finanziellen Ressourcen für energiesparende

Maßnahmen im Haushalt werden weiter belastet, durch die steigende Inflation fällt die Wirkung der unzureichenden Zahlungen noch geringer aus. Das zeigen auch aktuelle Untersuchungen zu den Verteilungswirkungen: Lediglich die untersten zehn Prozent der Einkommen werden voll entlastet, alle anderen müssen einen mehr oder weniger großen Teil der Mehrkosten alleine schultern. Dabei ist die Inflation nicht eingerechnet.⁴¹

Die gestiegenen Energiekosten treffen vor allem Rentner*innen schwer, die in Häusern mit schlechter Energieeffizienz leben.

In selbstgenutzten Ein- und Zweifamilienhäusern treffen gestiegene Energiekosten besonders Rentner*innen schwer, die in Häusern leben, die in den Jahren 1949 – 1990 gebaut wurden und den schlechtesten Effizienzstandard aufweisen.⁴² Aufgrund der knapp fünf Jahre höheren Lebenserwartung von Frauen⁴³ ist zu vermuten, dass ihr Anteil hoch ist. Die Kosten für die energetische Sanierung müssen mit 80 bis 85 Prozent bislang selbst getragen werden. Aufgrund des Gender Pension Gaps sind sie eine besonders vulnerable Gruppe, der die finanzielle Ausstattung, der Zugang zu Kapital und oft auch zu Informationen fehlt. Hier gilt es, zielgruppenspezifische finanzielle und informierende

Förderprogramme einzurichten, die es in anderen Ländern bereits gibt, wie z.B. in Österreich oder Frankreich.⁴⁴

Schieflage bei der Verteilung von Wohnfläche

Die Wohnfläche dieser Rentner*innenhaushalte im selbstgenutzten Einfamilienhauseigentum ist außerdem fast doppelt so groß wie die durchschnittlich pro Person in Deutschland genutzte Wohnfläche. Daher ist gleichermaßen nach Konzepten zu suchen, wie die Wohnflächen besser ausgenutzt werden können, z.B. durch Konzepte wie „Wohnen für Hilfe“, mit denen Studierenden Wohnraum bei Senior*innen gegen Hilfe im Alltag angeboten wird,⁴⁵ durch Einrichtung von Altenwohngemeinschaften oder Anregung des Umzugs in kleinere Wohnungen.⁴⁶ Damit können nicht nur die Energiekosten gesenkt und Energiearmut verhindert werden, sondern auch Wohnraum sozial gerechter verteilt werden.

Für den Ausbau speziell von Heizungssystemen mit erneuerbaren Energien plant die Bundesregierung ab dem 1. Januar 2024, möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Sie verspricht dabei „unbillige Härten“ zu vermeiden und „sozialen Aspekten angemessen Rechnung zu tragen; auch für Mieter*innen“. ⁴⁷ Inwieweit dies bedarfsgerecht gelingen wird, bleibt abzuwarten und wird im Einzelnen zu prüfen sein.

DER DEUTSCHE FRAUENRAT FORDERT

- sozialverträgliche Stärkung der Effizienz und Suffizienz im Gebäude- und Energiebereich und Schärfung des Bewusstseins für ressourcenschonenden Verbrauch.
- Analyse der Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung hinsichtlich ihrer Geschlechterwirkung.
- zielgenaue und bedarfsgerechte Auflegung von Kompensations- und Fördermaßnahmen, die einkommensschwache Haushalte, insbesondere Alleinerziehende und Rentner*innen, langfristig entlasten.
- Kopplung von Förderungen für die energetische Sanierung und den Heizungsumbau an die Höhe des Einkommens und/oder an eine maximale Größe der genutzten Wohnfläche.
- Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei allen von der Bundesregierung geförderten Forschungsvorhaben im Gebäudebereich, der Stadtentwicklung und Regionalplanung und disaggregierte Datenerhebung nach Geschlecht und weiteren intersektionalen Diskriminierungsachsen.



HANDLUNGSFELD 4:

REPRÄSENTANZ UND TEILHABE VON FRAUEN IN DER ENERGIEWENDE



Geschlechtergerechter Klimaschutz kann nur gelingen, wenn Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen an den Entscheidungen beteiligt sind. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für eine gelingende Energiewende und die mangelhafte Beteiligung von Frauen darin, wird hier beispielhaft auf die Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften eingegangen.

Energieerzeugung aus Bürger*innenhand braucht Förderung

Eine nachhaltige Energiewende ist für den Klimaschutz einer der wichtigsten Prozesse, da der Strombedarf in den kommenden Jahren drastisch steigen wird. Hier spielt eine stärkere Förderung von lokalen und regionalen Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften in Bürger*innenhand (auch Bürger*innenenergie genannt) eine wichtige Rolle. Sie sollen eine lokale Nutzung der Energie ermöglichen und die Energie, die an einem bestimmten Ort gewonnen wurde, in erster Linie für den Bedarf dieser Region nutzbar machen (Energy Sharing⁴⁸). Überschüsse werden verkauft oder in das öffentliche Stromnetz eingespeist.⁴⁹ Durch Energy Sharing könnten bis zu 35 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland reduziert werden.⁵⁰

Die Ampelkoalition hat angekündigt, den Ausbau der erneuerbaren Energien drastisch zu beschleunigen.⁵¹ Dabei sollen auch Rahmenbedingungen für die Bürger*innenenergie verbessert werden. Bisher unterstützt einzig ein Förderprogramm für Windenergieprojekte von Bürger*innen diese mit bis zu 200.000 Euro.⁵² Wenn Bürger*innenenergie, z.B. durch Photovoltaik, ein zentraler Baustein der Energiewende sein soll, muss sie stärker gefördert und vor allem auch

Energiegemeinschaften in Bürger*innenhand finanziell und strukturell unterstützt werden. Zumindest beim Ausbau von Windenergie und Photovoltaik verspricht die Bundesregierung mehr Anstrengungen.⁵³ Bei der lokalen und regionalen Nutzung sind noch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Frauen haben in Energiegemeinschaften zu wenig Einfluss

Häufig benachteiligen die Entscheidungsstrukturen in Energiegemeinschaften Frauen: Entscheidungspositionen werden mit Personen mit technischen Vorkenntnissen und mit Erfahrungen in der Energiebranche besetzt, hier ist der Frauenanteil besonders niedrig. 2015 lagen in Deutschland nur 20 Prozent des Investitionsvolumens der Bürger*innen-Energiegemeinschaften in der Hand von Frauen, ihr Mitgliederanteil lag bei durchschnittlich 31 Prozent.⁵⁴

Frauen treffen laut Umfragen deutlich klimafreundlichere und nachhaltigere Entscheidungen und unterstützen die Energiewende,⁵⁵ sind aber in der gesamten Energiewirtschaft und Energiepolitik in geringerem Umfang als Männer beteiligt⁵⁶ und arbeiten dort eher in den kommunikativen und administrativen als in technischen Bereichen.⁵⁷

Der Anteil weiblicher Führungskräfte in der Energiewirtschaft lag 2021 bei nur 15,5 Prozent.

Der Anteil weiblicher Führungskräfte in der Energiewirtschaft lag hierzulande im Jahr 2021 bei 15,5 Prozent.⁵⁸ In der Geschäftsführung waren es sogar nur 6 Prozent.⁵⁹

Besser steht das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) mit einem Frauenanteil von knapp 48 Prozent in

Führungspositionen im Klimaschutz da. Allerdings zeigt sich auch hier: Je technischer die Abteilung, desto geringer der Frauenanteil.⁶⁰ Die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in Energiepolitik und -wirtschaft sind vielfältig. Meist wird auf den geringen Anteil von Frauen in den technischen Studiengängen verwiesen.⁶¹ Andere Gründe sind patriarchale Strukturen in männerdominierten Arbeitsbereichen, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie traditionelle Geschlechterrollen und -stereotype.⁶²



DER DEUTSCHE FRAUENRAT FORDERT

- gezielte Förderung für von Frauen betriebene Erneuerbare-Energien-Anlagen.
- Bereitstellung von Mitteln für den Aufbau von Genderexpertise in den Energiegemeinschaften und deren Dachverbänden.
- Sicherstellung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Unternehmen der Energiewirtschaft und Förderung von Frauen in relevanten Ausbildungs- und Studiengängen.
- geschlechtergerechte Verteilung staatlicher Fördermittel im Energiebereich.
- geschlechterparitätische Besetzung in klima- und energiepolitischen Gremien unter Einbeziehung von Genderexpertise. Erkenntnisse aus der geschlechterbezogenen Klima- und Energieforschung müssen in die Diskussionen, Studien und Stellungnahmen der Gremien einfließen.



AUSBLICK

Die vier beschriebenen Handlungsfelder sind Beispiele für den gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf in der deutschen Klimapolitik. Alle weiteren Bereiche der Klimapolitik sind ebenfalls kritisch auf Geschlechtergerechtigkeit zu prüfen. Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die mit Klimapolitik befassten Bundesministerien an einer Strategie für eine feministische Umwelt- und Klimapolitik bzw. Klimaaußenpolitik arbeiten und sich der Vierte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung dem Thema der ökologischen Transformation widmet. Um die Zukunft gegenwärtiger und künftiger Generationen zu sichern und die sozialen Folgen der Klimakrise abzufedern, sind Visionen für geschlechtergerechte, resiliente und CO₂-neutrale Gesellschaften sowie ambitioniertes klimapolitisches Handeln notwendig. Deutschland als einer der zehn größten CO₂-Emittenten⁶³ weltweit trägt eine besondere Verantwortung.

Es ist wichtig die notwendigen Veränderungen aus einer intersektionalen Geschlechterperspektive anzugehen. Eine feministische Klimapolitik muss dabei ganzheitlich gedacht und klimapolitische Handlungsfelder müssen verschränkt betrachtet werden. Der fest in den Strukturen der Klimapolitik verankerte technologiefixierte Androzentrismus

muss überwunden und Machtstrukturen müssen hinterfragt werden. Wie fest dieses Prinzip verankert ist, zeigen die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 28. März 2023. Es ist erschütternd, dass die Bundesregierung die im Klimaschutzgesetz gesetzten Ziele zur Eindämmung der Erderwärmung nun wieder zurückgenommen hat. Die Zusammenführung der mühsam durchgesetzten Sektorziele und deren Gesamtauswertung verwässert die Verantwortlichkeiten und verhindern, das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Die massive Überschreitung der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor kann nicht durch Einsparungen in anderen Sektoren aufgefangen werden, weil die anderen Sektoren ihre Ziele auch nicht oder nur sehr knapp erreichen.⁶⁴

Der DF setzt sich national und international dafür ein, dass ambitionierter Klimaschutz Priorität allen politischen Handelns wird, Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise und deren Folgen schnell wirksam werden können und geschlechtergerecht gestaltet werden. Hierbei sind ein konsequentes Gender Budgeting und eine Finanzierung von geschlechtersensibler Forschung sowie Gender-Impact-Analysen auf allen Ebenen der klimapolitischen Handlungsfelder wesentlich.

DANK

Das Positionspapier wurde vom Fachausschuss „Klimaschutz geht alle an! Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit aus Frauenperspektive.“ ausgearbeitet, der 2021 von der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrats für zwei Jahre eingesetzt wurde.

Unter Leitung von **Monika von Palubicki** (Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen (AG Kath)) wirkten als Ausschussmitglieder mit:

- **Heidrun Gerdes** (Frauenbrücke Ost-West e.V.)
- **Dr. Ljuba Günther** (Verband aktiv-unabhängiger Frauen e.V. (VAF))
- **Linda Jäger** (BPW Germany e.V.)
- **Heike Lehmann** (Deutscher Gewerkschaftsbund - Frauen im DGB)
- **Ulrike Röhr** (Frauen in Naturwissenschaft und Technik NUT e.V.)
- **Katrin Williams** (Deutscher Ingenieurinnenbund e.V.)

Die Koordination in der Geschäftsstelle des DF übernahm **Sheyda Weinrich**.

Bei allen Beteiligten bedankt sich der Deutsche Frauenrat herzlich für die Mitarbeit.

Umfassender Klimaschutz braucht die Geschlechter- perspektive!



Monika von Palubicki

Leiterin des Fachausschusses „Klimaschutz geht alle an!
Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit aus
Frauenperspektive.“

ENDNOTEN

- 1 Für den Globalen Norden: Röhr, Ulrike/ Alber, Göteliind/ Göldner, Lisa (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. UBA-Texte 23/2018, S. 42 f., https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf, (Abruf 15.12.2022).
Für den Globalen Süden, u.a.: Seller, Sam (2016): Gender and Climate Change: A Closer Look at Existing Evidence. <https://wedo.org/wp-content/uploads/2016/11/GGCA-RP-FINAL.pdf>, (Abruf 27.12.2022);
IPCC (2022): Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Chapter 18, p. 2700.
- 2 Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2023): Anpassung an den Klimawandel: Wissen und Erfahrungen von Frauen aktiv nutzen, <https://www.bmz.de/de/themen/frauenrechte-und-gender/gender-und-klima>, (Abruf 20.4.2023); BMZ (2023): Übereinkommen von Paris 2015, S. 2., <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/klimaabkommen-von-paris-14602>, (Abruf 20.4.2023).
- 3 Deutscher Frauenrat (2022): Women7 Germanu 2022, <https://www.frauenrat.de/w7-der-frauenpolitische-dialog-zur-g7/>, (Abruf 20.3.2023).
- 4 Umweltbundesamt (2021): Energie-Verkehr – Mobilität als Emissionsquelle, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen/emissionsquellen#energie-verkehr>, (Abruf 22.11.2022).
- 5 Die Bundesregierung (2021): Mehr Fortschritt wagen Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), S. 48., <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/koalitionsvertrag-2021-1990800>, (Abruf 20.4.2023).
- 6 Weller, Ines/ Röhr, Ulrike/ Fischer, Karin/ Böckmann, Melanie/ Birk, Nanna (2016): Chancengerechtigkeit im Klimawandel, S. 19. Hg.: artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit Universität Bremen und GenderCC – Women for Climate Justice e.V.
- 7 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): Gender Care Gap - ein Indikator für die Gleichstellung, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap-indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294>, (Abruf 22.11.2022).
- 8 Experi (2021): Frauen, Gender & Mobilität, <https://www.experi-forschung.de/frauen-gender-mobilitaet/>, (Abruf 22.11.2022).
- 9 Women in Mobility (2021): Female Mobility, <https://www.womeninmobility.org/femalemobility>, (Abruf 22.11.2022);
Deutschlandfunk Nova (2022): Mobilität – Frauen nutzen häufiger den ÖPNV, <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/mobilitaet-mehr-frauen-nutzen-den-oenpv>, (Abruf 20.3.2023);
VCD Mobilität für Menschen (2021): Mobilität von Frauen für Frauen: Warum eine ökologische Verkehrswende auch feministisch sein muss, <https://www.vcd.org/artikel/feministische-verkehrspolitik>, (Abruf 20.3.2023).
- 10 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (2020): Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umweltbewusstsein_2020_bf.pdf, (Abruf 3.3.2023).
- 11 Ramboll (2021): Gender and (Smart) Mobility Green Paper 2021, S. 71. Ramboll Smart Mobility, Green paper March 2021.
- 12 Heinrich Böll Stiftung (2021): Women on the Move, Sustainable Mobility and Gender, <https://eu.boell.org/en/women-on-the-move-sustainable-mobility-and-gender>, (Abruf 5.12.2022).
- 13 Experi (2021): Frauen, Gender & Mobilität, <https://www.experi-forschung.de/frauen-gender-mobilitaet/>, (Abruf 5.12.2022).
- 14 Women in Mobility (2021): Female Mobility, <https://www.womeninmobility.org/femalemobility>, (Abruf 1.12.2022);
Experi (2021): Frauen, Gender & Mobilität, <https://www.experi-forschung.de/frauen-gender-mobilitaet/>, (Abruf 1.12.2022).
- 15 Röhr, Ulrike (2021): CO₂-Bepreisung aus feministischer Perspektive – eine Genderanalyse, S. 11; Frey, Regina/ Röhr, Ulrike (2021): Das Konjunkturpaket zur Überwindung der Corona-Krise aus Geschlechter- und Klimaperspektive, S. 6.
- 16 ebd.
- 17 ebd.
- 18 Mobilität in Deutschland (2019): Ergebnisbericht, S. 5, Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, https://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2017_Ergebnisbericht.pdf, (Abruf 16.2.2023).
- 19 Forum Ökologisch-Sozialer Marktwirtschaft (2021): Auswirkungen umweltschädlicher Subventionen in Deutschland auf den Globalen Süden, (Abruf 3.12.2022);
Süddeutsche Zeitung (2015): Zwiespältige Umweltbilanz, E-Autos - dreckiger als gedacht, <https://www.sueddeutsche.de/auto/zwiespaeltige-umweltbilanz-e-autos-dreckiger-als-gedacht-1.2748493>, (Abruf 2.12.2022).
- 20 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (2023): E-Lastenfahrräder, https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/E-Lastenfahrrad/e-lastenfahrrad_node.html, (Abruf 17.2.2023).
- 21 Women in Mobility (2021): Female Mobility, <https://www.womeninmobility.org/femalemobility>, (Abruf 28.11.2022).
- 22 Women in Mobility (2021): Female Mobility, <https://www.womeninmobility.org/femalemobility>, (Abruf 28.11.2022);
Auto-Motor-und-Sport (2022): Erster Weiblicher Crashtest Dummy, <https://www.auto-motor-und-sport.de/verkehr/erster-weiblicher-crashtest-dummy-eva-astrid-linder-vti-schweden/>, (Abruf 13.12.2022).
- 23 ebd.
- 24 ebd.

- 25 Umweltbundesamt (2020): Klimaschutz durch Tempolimit. Wirkung eines generellen Tempolimits auf Bundesautobahnen auf die Treibhausgasemissionen, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaschutz-durch-tempolimit>, (Abruf 20.4.2023); Allianz Direct (2021): Auto-Report: Tempolimit, <https://www.allianzdirect.de/zahlen-daten-fakten/autoreport/tempolimit/>, (Abruf 20.4.2023).
- 26 Abschlussbericht der Kohlekommission (2019): Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, S. 6.
- 27 Sachverständigenkommission für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2021): Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten. Gutachten für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Berlin: Geschäftsstelle Dritter Gleichstellungsbericht, www.dritter-gleichstellungsbericht.de/gutachten3gleichstellungsbericht.pdf, (Abruf 3.3.2023).
- 28 Lott, Yvonne (2023): Der Gender Digital Gap in Transformation? WSI Report Nr. 81, Februar 2023.
- 29 Rüber, Ina E./ Widany, Sarah (2021): Gleichstellung durch Weiterbildung in einer digitalisierten Gesellschaft. Expertise für den dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung -Leibniz Institut für lebenslanges Lernen e.V., S. 21 ff.
- 30 Lübker, Malte/ Schulten, Thorsten (2023): Tarifbindung in den Bundesländern. Entwicklungslinien und Auswirkungen auf die Beschäftigten, Analyse zur Tarifpolitik Nr. 96: 6).
- 31 Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (2018): Mitbestimmung und eine zukunftsweisende Unternehmensführung. Messung von Stärke und Einfluss durch einen Mitbestimmungsindex (MB-ix), S. 11.
- 32 IAB-Forum, Serie „Frauen in MINT-Berufen (2022): Should I stay or should I go? Frauen arbeiten nach einem MINT-Studium seltener in einem MINT-Beruf als Männer, <https://www.iab-forum.de/should-i-stay-or-should-i-go-frauen-arbeiten-nach-einem-mint-studium-seltener-in-einem-mint-beruf-als-maenner/>, (Abruf 17.03.2022).
- 33 Röhr, Ulrike/ Alber, Göteline/ Göldner, Lisa (2018), a.o., S. 52 f.
- 34 BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.) (2020): Umweltfußabdruck von Gebäuden in Deutschland. Kurzstudie zu sektorübergreifenden Wirkungen des Handlungsfelds „Errichtung und Nutzung von Hochbauten“ auf Klima und Umwelt. BBSR-Online-Publikation Nr. 17/2020, S. 17, https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2020/bbsr-online-17-2020-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=3, (Abruf 15.12.22).
- 35 Umweltbundesamt (o.J.): Energiesparende Gebäude, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/energiesparen/energiesparende-gebaeude#studien>, (Abruf 15.12.22); Bundestagswahl 2021 (2022): Alle Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2021, <https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme-2021>, (Abruf 15.12.2022).
- 36 Statista (2021): Frauen und Männer in Deutschland nach Nettoeinkommen im Vergleich mit der Bevölkerung im Jahr 2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/290399/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-einkommen-von-frauen-und-maennern/>, (Abruf 03.02.2023).
- 37 Berliner Mieterverein (2011): Berliner Modelluntersuchung: Weniger Einkommen – mehr Umweltbelastung, <https://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm1211/121124.htm>, (Abruf: 15.12.2022); Eurostat Databrowser, <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/income-and-living-conditions/data/database>, (Abruf 7.11.2022).
- 38 Umweltbundesamt (2022): CO₂-Bepreisung im Verkehrs- und Gebäudereich sozialverträglich gestalten. Herausforderungen, Strategien, Instrumente. Climate Change 47/22, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2022-12-21_climate-change_47-2022_co2-bepreisung_verkehrs-gebaeudebereich_sozialvertraeglich_bf.pdf, (Abruf 3.2.2023).
- 39 Röhr, Ulrike/Alber, Göteline/ Göldner, Lisa (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. UBA-Texte 23/2018, S. 42 f., https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf, (Abruf 15.12.2022).
- 40 Elnakat, Afamia/ Gomez, Juan D. (2015): Energy engenderment: An industrialized perspective as-assessing the importance of engaging women in residential energy consumption management. In: Energy Policy 82, S. 166-177.
- 41 Umweltbundesamt (2022), a.o.; Öko-Institut (2022): Energiepreiskrise: Wie sozial und nachhaltig sind die Entlastungspakete der Bundesregierung? <https://www.oeko.de/aktuelles/2022/energiepreiskrise-wie-sozial-und-nachhaltig-sind-die-entlastungspakete-der-bundesregierung>, (Abruf 3.2.2023).
- 42 Schumacher, Katja/ Nissen, Christian/ Braungardt, Sibylle (2022): Energetische Sanierung schützt Verbraucher*innen vor hohen Energiepreisen – Vorschläge für eine soziale Ausrichtung der Förderung Sanierungskosten und Förderbedarf für vulnerable Hauseigentümer*innen. S. 8 ff., Öko-Institut (Hg.), Freiburg, <https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Kurzstudie-Sanierung-Ein-und-Zweifamilienhaeuser.pdf>, (Abruf 15.12.2022).
- 43 Destatis (2022): Sterbefälle und Lebenserwartung, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/_inhalt.html, (Aufruf 21.12.2022).
- 44 Schumacher et al. (2022), a.o., S. 23.
- 45 Deutsches Studentenwerk (o.J.): Wohnen für Hilfe, <https://www.studentenwerke.de/de/content/wohnen-%C3%BCr-hilfe>, (Abruf 21.12.2022).
- 46 Fischer, Corinna/ Stieß, Immanuel (2019): Wider den „verdeckten Leerstand“, Bedürfnisgerechte und effiziente Wohnraumnutzung in Einfamilienhäusern. In: Schwerpunkt Planerin_6-2019. Schwerpunkt Planerin (Hg.), https://www.oeko.de/fileadmin/lebensraeume/Veroeffentlichung_Planerin_6-2019.pdf, (Abruf 15.12.2022).
- 47 Koalitionsausschuss (2023): Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung vom 28.3.2023, S. 16., <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/modernisierungsturbo-fuer-deutschland/29/03/2023>, (Abruf 20.4.2023).

- 48 BBE n Bündnis Bürgerenergie (2021): Konzeptpapier Energy Sharing: Partizipation vor Ort stärken und Flexibilität aktivieren, S. 3.
- 49 Women Engage for a Common Future (WECF) (2021): Frauen. Energie. Wandel! Warum wir eine geschlechtergerechte Energiewende brauchen, S. 7; Bonner Energieagentur (o.J.): Bürgerenergieanlagen, <https://www.bonner-energie-agentur.de/haustechnik/buergerenergieanlagen/>, (Abruf 22.12.22).
- 50 Wiesenthal, Jan/Aretz, Astrid/Ouanes, Nesrine/Petrick, Kristian (2022): Energy Sharing: Eine Potenzialanalyse. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) (Hg.) https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2022/Energy_Sharing_Eine_Potenzialanalyse_1.pdf, (Abruf 15.2.2023).
- 51 Die Bundesregierung (2021): Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), S. 44, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/koalitionsvertrag-2021-1990800>, (Abruf 26.4.2023).
- 52 Bundesanzeiger (2022): Bekanntmachung der Richtlinie zum Förderprogramm „Bürgerenergiegesellschaften“ bei Windenergie an Land, <https://www.bundesanzeiger.de/pub/publication/TLXzPEv6q4RxgRJJHyd/content/TLXzPEv6q4RxgRJJHyd/BAnz%20AT%2021.12.2022%20B1.pdf?inline>, (Abruf 13.1.2023).
- 53 Koalitionsausschuss (2023), a.a.O. S. 3.
- 54 WE CF (2021), a.a.O. S. 32.
- 55 Röhr, Ulrike/ Alber, Göteling/ Göldner, Lisa (2018), a.a.O., S. 21 ff., 40 ff.
- 56 WE CF (2021), a.a.O., S. 7.
- 57 Röhr, Ulrike/ Alber, Göteling/ Göldner, Lisa (2018), a.a.O., S. 45.
- 58 PricewaterhouseCoopers (PwC) (2022): Frauen in der Energiewirtschaft: Warum die Branche mehr „Frauen Power“ braucht, S. 7, <https://www.pwc.de/de/energiewirtschaft/frauen-in-der-energiewirtschaft-warum-die-branche-mehr-frauen-power-braucht.pdf>, (Abruf 22.12.22).
- 59 ebd. S. 13.
- 60 Bundesministerium für Wirtschaft und Klima (BMWK) (2022): Organisationsplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Stand: 14. Juli 2022, https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/organisationsplan-bmwk.pdf?__blob=publicationFile&v=316, (Abruf 22.12.2022).
- 61 WE CF (2021), a.a.O., S. 12 f.
- 62 ebd. S. 25.; PwC (2022), a.a.O.
- 63 CO₂ online. Klimaschutz, der wirkt. (2023): CO₂-Ausstoß weltweit: 10 Länder nach Emissionen, <https://www.co2online.de/klima-schuetzen/klimawandel/co2-ausstoss-der-laender/>, (Abruf 2.3.2023)
- 64 Expertenrat für Klimafragen (2023): Prüfbericht zur Berechnung der deutschen Treibhausgasemissionen für das Jahr 2022, https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2023/04/ERK2023_Pruefbericht-Emissionsdaten-des-Jahres-2022.pdf, (Abruf 25.4.2023).

KLIMAGERECHTIGKEIT JETZT!

Bis 2045 sollen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland treibhausgasneutral werden. Mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit werden Umwelt- und Klimapolitik bislang selten verbunden. Es ist jedoch höchste Zeit, dass sich das ändert: Aus Sicht des Deutschen Frauenrats kann eine wirksame Klimapolitik nur gelingen, wenn sie bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern von Anfang an mitdenkt, Frauen Teilhabe und soziale Sicherung garantiert und Auswirkungen klimapolitischer Maßnahmen geschlechterkritisch in den Blick nimmt und darauf reagiert.

